

Beteiligentransparenzdokumentation

Thüringer Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb von internen Meldestellen im kommunalen Bereich und zur Ergänzung der Regelungen zum Lagebericht bei Beteiligung der Kommunen an Unternehmen des privaten Rechts

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/9657)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 25. April 2024

1. Drucksache

Thüringer Landtag

7. Wahlperiode

Drucksache 7/9657

06.03.2024

Gesetzentwurf

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thüringer Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb von internen Meldestellen im kommunalen Bereich und zur Ergänzung der Regelungen zum Lagebericht bei Beteiligung der Kommunen an Unternehmen des privaten Rechts

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Das Gesetz sieht in Artikeln 1 und 2 kommunalrechtliche Bestimmungen vor, mit denen jeweils europarechtlichen Vorgaben Rechnung getragen wird:

Zu Artikel 1:

Die Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (ABl. L 305 vom 26.11.2019, S. 17), die durch Verordnung (EU) 2020/1503 (ABl. L 347 vom 20.10.2020, S. 1) geändert worden ist (HinSch-RL), hat der Bundesgesetzgeber durch das Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (Hinweisgeberschutzgesetz HinSchG) vom 31. Mai 2023 (BGBl I Nr. 140 vom 2. Juni 2023), umgesetzt.

Ziel der HinSch-RL ist es, Benachteiligungen von Hinweisgebern auszuschließen und ihnen Rechtssicherheit zu geben. Verboten sind u.a. die Suspendierung oder Entlassung, die Herabstufung oder Versagung einer Beförderung, die Diskriminierung, Nötigung oder Einschüchterung (Artikel 19 der HinSch-RL). Hinweisgeber haben die Möglichkeit der Meldung an - einzurichtende - interne oder externe Meldestellen (Artikel 7 und 10 der HinSch-RL).

Der Bund hat gemäß Artikel 72 Abs. 1 des Grundgesetzes von der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz zur gesetzlichen Regelung des Hinweisgeberschutzes Gebrauch gemacht. Mit dem Gesetz zum Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz - HinSchG) hat der Bund die HinSch-RL umfassend - auch für den Bund und die Länder als Beschäftigungsgeber - umgesetzt. Aufgrund des Durchgriffsverbots in Artikel 84 Abs. 1 Satz 7 des Grundgesetzes hat der Bundesgesetzgeber im HinSchG von Regelungen betreffend die Einrichtung interner Meldestellen durch die Gemeinden und Gemeindeverbände, einschließlich der für diesen Bereich durch Artikel 8 Absatz 9 der HinSch-RL eröffneten Ausnahmen und Erleichterungen, abgesehen.

Das HinSchG sieht dementsprechend vor, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Beschäftigungsgeber, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Gemeinden und Gemeindeverbänden stehen, nach Maßgabe des Landesrechts verpflichtet sind, interne Meldestellen einzurichten (§ 12 Abs. 1 Satz 4 HinSchG). Zur vollständigen Umsetzung der HinSch-RL ist es daher erforderlich, dass Thüringen im Rahmen seiner Regelungskompetenz

die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstige Beschäftigungsgeber, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Gemeinden oder Gemeindeverbänden stehen, verpflichtet, interne Meldestellen richtlinienkonform und im Einklang mit dem Bundesrecht einzurichten und zu betreiben.

Zu Artikel 2:

Die Änderung in Artikel 2 knüpft an die im Europarecht enthaltenen Anforderungen an den Lagebericht von Unternehmen an. Mit der beabsichtigten Änderung der EU-Bilanzrichtlinie soll die Pflicht zur Abgabe einer nichtfinanziellen Erklärung über Umwelt-, Arbeitnehmer und Sozialbelange, die Achtung der Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung zukünftig nicht mehr nur die durch § 289b ff Handelsgesetzbuch verpflichteten großen kapitalmarktorientierten Unternehmen treffen, sondern auf alle großen haftungsbeschränkten Rechtsträger erweitert werden. Insoweit ist eine Klarstellung geboten, dass und inwieweit auch kommunale Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts verpflichtet sein sollen.

B. Lösung

Die Umsetzung des HinSchG und der HinSch-RL macht es erforderlich, eine ergänzende Regelung zur Einrichtung interner Meldestellen bei den Gemeinden und Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbänden, kommunalen Anstalten, gemeinsamen kommunalen Anstalten sowie bei solchen Beschäftigungsgebern, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Gemeinden, Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbänden, kommunalen Anstalten und gemeinsamen kommunalen Anstalten stehen, zu schaffen.

Durch das Gesetz werden daher die genannten kommunalen Beschäftigungsgeber verpflichtet, interne Meldestellen für Hinweisgeber einzurichten und zu betreiben. Dabei wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, welche Artikel 8 Absatz 9 Unterabsatz 2 HinSch-RL eröffnet. Entsprechend werden Gemeinden und die von ihnen zur Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben nach § 47 ThürKO gebildeten Verwaltungsgemeinschaften mit weniger als 10 000 Einwohnern und die kommunalen Beschäftigungsgeber mit weniger als 50 Arbeitnehmern von der Verpflichtung zur Einrichtung interner Meldestellen ausgenommen.

Das Gesetz greift auch die in Artikel 8 Abs. 9 Unterabs. 3 HinSch-RL vorgesehene Möglichkeit auf, wonach interne Meldekanäle von Gemeinden gemeinsam oder von gemeinsamen Behördendiensten betrieben werden dürfen.

Mit Artikel 2 wird eine klarstellende Regelung zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in die kommunalrechtlichen Vorschriften des Gemeindefinanzrechts aufgenommen.

C. Alternativen

Die grundsätzliche Pflicht zur Einrichtung von Meldestellen ist durch Artikel 8 Abs. 1 Hin-Sch-RL europarechtlich vorgegeben.

Eine alternativ zu erwägende Einbeziehung auch der kleineren Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften unter 10 000 Einwohner und der Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbände, kommunalen Anstalten, gemeinsamen kommunalen Anstalten sowie der sonstigen Beschäftigungsgeber, die im Eigentum oder unter der Kontrolle der genannten kommunalen Körperschaften oder Anstalten stehen mit weniger als 50 Beschäftigten und ein Absehen von der Möglichkeit des Betriebs gemeinsamer Meldestellen ließe die vom Richtliniengeber für angemessen gehaltenen nationalen und

gemeindereundlichen Gestaltungsmöglichkeiten, die im kommunalen Raum eine ressourcenschonende Sicherstellung des Hinweisgeberschutzes erlauben, ungenutzt.

Zu der in Artikel 2 gebotenen klarstellenden Regelung besteht keine Alternative.

D. Kosten

Die Umsetzung des HinSchG und die HinSch-RL erfordern von den kommunalen Beschäftigungsgebern die umfassende Einrichtung von internen Meldestellen.

Der Bund beziffert die Einmalkosten für die Einrichtung einer internen Meldestelle bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden als öffentliche Beschäftigungsgeber auf 2.314 Euro und die jährlichen Kosten für den laufenden Betrieb dieser Stellen (Personal- und Sachkosten) auf 8.517 Euro (vgl. BT-Drs. 20/3442, S. 50 f.). Diese Werte können auch für die Schätzung des kommunalen Verwaltungsaufwands in Thüringen zugrunde gelegt werden.

Es ist davon auszugehen, dass die Gemeinden und Landkreise in Thüringen, soweit sie betroffen sind, jeweils eine interne Meldestelle für ihre Beschäftigten einrichten werden. Daher kann ausgehend von der vorgenannten Kostenschätzung und der Zahl der kommunalen Körperschaften in Thüringen (35 Gemeinden, 17 Landkreise- Stand 31.12.2022) von einem kumulierten jährlichen Erfüllungsaufwand in Höhe von 442.884 Euro p. a. ausgegangen werden. Diese Kostenschätzung würde geringer ausfallen, soweit Kommunale Beschäftigungsgeber von der Möglichkeit des gemeinsamen Betriebes von Meldestellen nach § 3 des Gesetzes Gebrauch machen. Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbände, kommunale Anstalten, gemeinsame kommunale Anstalten sowie kommunale Unternehmen dürften in Thüringen nur ausnahmsweise eine Mitarbeiterzahl von über 50 Beschäftigten aufweisen, so dass diese grundsätzlich nicht betroffen sind und finanzielle Belastungen insoweit nicht oder nur in geringem Umfang entstehen dürften.

Bei den durch das Gesetz festgeschriebenen Verpflichtungen der kommunalen Körperschaften und Anstalten zur Einrichtung und zum Betrieb interner Meldestellen handelt es sich um Aufgaben im eigenen Wirkungskreis.

Die Umsetzung dieser Verpflichtungen führt zu einer Belastung der kommunalen Haushalte, welche bei der Bestimmung des Finanzbedarfs im Rahmen der nächsten Revision nach § 3 Abs. 5 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes zu berücksichtigen sein wird.

Soweit mit Artikel 2 die Pflichten kommunaler Unternehmen bei der Erstellung des Lageberichtes konkretisiert werden, ist festzuhalten, dass die Erweiterung des Lageberichtes um eine Nachhaltigkeitsberichterstattung für die Unternehmen mit Kosten für die Erstellung als auch die gebotene Prüfung des Berichtes verbunden sein wird. Diese Kosten beruhen allerdings auf der im Europarecht wurzelnden Verpflichtung zur entsprechenden Erweiterung des Lageberichtes. Weitere Kosten sind mit der vorliegenden Änderung nicht verbunden. Macht die Trägergemeinde von der eingeräumten Möglichkeit Gebrauch, über die Gestaltung des Gesellschaftsvertrages ihr Unternehmen zu einem früheren als dem handelsrechtlich vorgesehenen Zeitpunkt zu einer Nachhaltigkeitsberichterstattung zu verpflichten, fallen die entsprechenden Kosten für das Unternehmen zu einem früheren Zeitpunkt an. Für die Kommunen ergeben sich aus der Änderung keine Kosten.

**Thüringer Gesetz
zur Einrichtung und zum Betrieb von internen Meldestellen im kommunalen Bereich
und zur Ergänzung der Regelungen zum Lagebericht bei Beteiligung der Kommunen
an Unternehmen des privaten Rechts**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1
Thüringer Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz
hinweisgebender Personen (ThürAGHinSchG)^{*)}**

§ 1

**Einrichtung und Betrieb interner Meldestellen
bei kommunalen Beschäftigungsgebern**

(1) Dieses Gesetz gilt für die Einrichtung und den Betrieb interner Meldestellen bei Beschäftigungsgebern im Sinne des § 12 Abs. 1 Satz 4 des Hinweisgeberschutzgesetzes (HinSchG) vom 31. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 140) in der jeweils geltenden Fassung (kommunale Beschäftigungsgeber)

(2) Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbände, kommunale Anstalten und gemeinsame kommunale Anstalten sind verpflichtet, interne Meldestellen einzurichten und zu betreiben, an die sich deren Beschäftigten mit Meldungen nach § 2 des Hinweisgeberschutzgesetzes (HinSchG) vom 31. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 140) in der jeweils geltenden Fassung wenden können.

(3) Die Pflicht nach Absatz 1 ist eine Aufgabe des eigenen Wirkungskreises.

(4) Die Pflicht nach Absatz 1 gilt auch für solche kommunalen Beschäftigungsgeber, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Gemeinden, Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbänden, kommunalen Anstalten und gemeinsamen kommunalen Anstalten stehen, und für den Kommunalen Versorgungsverband Thüringen.

(5) Für die Einrichtung und den Betrieb der internen Meldestellen gelten die diesbezüglichen Bestimmungen des Hinweisgeberschutzgesetzes entsprechend, soweit nichts anderes bestimmt wird.

§ 2

Ausnahmen von der Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen

(1) Von der Pflicht zu der Einrichtung interner Meldestellen nach § 1 Abs. 1 und 3 ausgenommen sind:

1. Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern,
2. Verwaltungsgemeinschaften, deren Mitgliedsgemeinden insgesamt weniger als 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner haben, oder
3. Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und sonstige kommunale Beschäftigungsgeber nach § 1 Abs. 1 und 3 mit jeweils in der Regel weniger als 50 Beschäftigten.

(2) Die maßgebliche Einwohnerzahl nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 ist die vom Landesamt für Statistik zum 30. Juni des Vorjahres fortgeschriebene Bevölkerungszahl der jeweiligen

^{*)} Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (ABl. L 305 vom 26.11.2019, S. 17), zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2022/1925 (ABl. L 265 vom 12.10.2022, S. 1).

Gemeinden. Soweit bei der fortgeschriebenen Bevölkerungszahl Gebiets- und Bestandsänderungen von Gemeinden noch nicht berücksichtigt wurden, ist vom Inkrafttreten der Neugliederung an die Einwohnerzahl auf der Grundlage der vor der Neugliederung nach Satz 1 vorliegenden Berechnungsgrößen zu bestimmen. Entsprechendes gilt für noch nicht berücksichtigte Neugliederungen von Verwaltungsgemeinschaften.

§ 3 Erleichterungen

Interne Meldestellen können von den kommunalen Beschäftigungsgebern gemeinsam oder von gemeinsamen Behördendiensten eingerichtet und betrieben werden; für kommunale Beschäftigungsgeber, die nach § 1 Abs. 3 im Eigentum oder unter der Kontrolle von Gemeinden, Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbänden, kommunalen Anstalten oder gemeinsamen kommunalen Anstalten stehen, gilt § 14 Abs. 2 HinSchG entsprechend. Die Pflicht, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den etwaigen Verstoß nach § 2 HinSchG abzustellen, verbleibt bei dem jeweils betroffenen kommunalen Beschäftigungsgeber.

§ 4 Errichtung einer externen Meldestelle

- (1) Das Land eröffnet den Zugang zu einer externen Meldestelle für Meldungen, die die Landesverwaltung und die kommunalen Beschäftigungsgeber betreffen.
- (2) Das Nähere regelt eine Rechtsverordnung der Landesregierung.
- (3) Die Landesregierung berichtet dem Landtag bis zum 31. Dezember 2026 über die Umsetzung.

§ 5 Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils auch für Personen, die mit der Angabe „divers“ oder ohne eine Angabe des Geschlechts in das Geburtenregister eingetragen sind.

Artikel 2 Änderung der Thüringer Kommunalordnung

Dem § 75 Abs. 4 der Thüringer Kommunalordnung in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), die zuletzt durch Gesetz vom 24. März 2023 (GVBl. S. 127) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„Abweichend von Satz 1 Nr. 1 richtet sich die Verpflichtung zur Erweiterung des Lageberichtes um eine nichtfinanzielle Erklärung im Sinne der §§ 289b bis 289e des Handelsgesetzbuches nach den allgemeinen handelsrechtlichen Bestimmungen; der Gesellschaftsvertrag kann einen früheren Zeitpunkt für die Erweiterung des Lageberichts bestimmen.“

Artikel 3 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

Thüringer Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (ThürAGHinSchG)

A. Allgemeines

Der vorliegende Gesetzentwurf dient der Ausführung des Hinweisgeberschutzgesetzes des Bundes (HinSchG) vom 31. Mai 2023 und der ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (im Folgenden: HinSch-RL), soweit die Kompetenz zur Umsetzung noch dem Landesgesetzgeber zufällt.

Weiterhin wird mit dem Gesetzentwurf für kommunale Unternehmen der Umfang der aus dem EU-Recht resultierenden Nachhaltigkeitsberichterstattung geklärt.

Die HinSch-RL sieht einen umfassenden antidiskriminierungsrechtlichen Mindestschutz für Hinweisgeber vor. Verboten sind u.a. die Suspendierung oder Entlassung, die Herabstufung oder Versagung einer Beförderung, die Diskriminierung, Nötigung oder Einschüchterung (Art. 19 HinSch-RL). Erleiden Hinweisgeber entgegen dem Verbot Repressalien, soll ihnen beispielsweise ein Anspruch auf Entschädigung zustehen, der von einem Ersatz des materiellen Schadens bis zu einer Entschädigung für immaterielle Schäden reichen kann. Hinweisgeber haben die Möglichkeit der internen oder externen Meldung (Art. 7 und 10 HinSch-RL). Eine interne Meldung ist die mündliche oder schriftliche Mitteilung von Informationen über Verstöße innerhalb einer juristischen Person des privaten oder öffentlichen Sektors. Eine externe Meldung erfolgt hingegen an die zuständigen (noch einzurichtenden) externen Behörden.

Das Recht des Hinweisgeberschutzes ist Gegenstand konkurrierender Gesetzgebung. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes folgt aus Artikel 74 Abs. 1 Nummer 11 in Verbindung mit Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes (Recht der Wirtschaft) bzw. aus Artikel 74 Abs. 1 Nummer 12 des Grundgesetzes (Arbeitsrecht). Mit dem HinSchG hat der Bund die HinSch-RL umfassend - auch für den Bund und die Länder als Beschäftigungsgeber - umgesetzt. Aufgrund des Durchgriffsverbots in Artikel 84 Abs. 1 Satz 7 des Grundgesetzes hat der Bundesgesetzgeber im HinSchG von Regelungen betreffend die Einrichtung interner Meldestellen durch die Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich der für diesen Bereich durch Artikel 8 Abs. 9 der HinSch-RL eröffneten Ausnahmen und Erleichterungen abgesehen.

Das HinSchG sieht dementsprechend vor, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Beschäftigungsgeber, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Gemeinden und Gemeindeverbänden stehen, nach Maßgabe des Landesrechts verpflichtet sind, interne Meldestellen einzurichten (§ 12 Absatz 1 Satz 4 HinSchG). Zur vollständigen Umsetzung der HinSch-RL ist es daher erforderlich, dass Thüringen im Rahmen seiner Regelungskompetenz die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstige kommunale Beschäftigungsgeber, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Gemeinden und Gemeindeverbänden stehen, verpflichtet, interne Meldestellen richtlinienkonform und im Einklang mit dem Bundesrecht einzurichten und zu betreiben.

Soweit § 20 HinSchG den Ländern die Kompetenz einräumt, eigene externe Meldestellen für Meldungen einzurichten, die die jeweilige Kommunalverwaltung betreffen, sieht Thüringen gegenwärtig von der Einrichtung von eigenen externen Meldestellen ab, da das Aufkommen an Meldungen nicht absehbar ist und diesbezüglich erst die Erfahrungen mit den internen kommunalen Meldestellen bzw. der externen Meldestelle auf Bundesebene (vgl. § 19 HinSchG) abgewartet werden sollen.

Das Gesetz verpflichtet in Ausführung von § 12 Absatz 1 Satz 4 HinSchG und in ergänzender Umsetzung der HinSch-RL Gemeinden und Landkreise sowie sonstige Beschäftigungsgeber, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Gemeinden oder Landkreisen stehen, zur Einrichtung und zum Betrieb interner Meldestellen für Hinweisgeber.

Ausnahmen gelten für Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern, für Verwaltungsgemeinschaften, deren Mitgliedsgemeinden insgesamt weniger als 10 000 Einwohner haben, oder Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und sonstige kommunale Beschäftigungsgeber nach § 1 Abs. 2 und 4 mit jeweils in der Regel weniger als 50 Beschäftigten.

Im Übrigen haben betroffene Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbände, kommunale Anstalten und gemeinsame kommunale Anstalten entsprechend den Bestimmungen des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290) die Möglichkeit, interne Meldekanäle gemeinsam zu betreiben oder von gemeinsamen Behördendiensten betreiben zu lassen (Artikel 8 Absatz 9 Unterabsatz 3 HinSch-RL).

Entsprechend § 14 Abs. 2 HinSchG können auch mehrere kommunale Beschäftigungsgeber nach § 1 Abs. 4, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Gemeinden, Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbänden, kommunalen Anstalten und gemeinsamen kommunalen Anstalten stehen, eine gemeinsame Stelle einrichten und betreiben

Gemeinsame interne Meldekanäle sollen im Sinne einer „Pool-Lösung“ zugelassen werden, um den Umsetzungsbedarf zu reduzieren und Synergien zu schaffen. Dies gilt entsprechend Artikel 8 Abs. 6 HinSch-RL auch für betroffene kommunale Unternehmen.

Diese vom Richtliniengeber für angemessen erachteten Erleichterungsmöglichkeiten sollen genutzt werden, um sicherzustellen, dass die Umsetzung des Hinweisgeberschutzes im kommunalen Raum ressourcenschonend und effektiv erfolgen kann.

Der vorliegende Gesetzentwurf dient darüber hinaus der landesrechtlichen Umsetzung und Klarstellung der Pflichten kommunaler Unternehmen im Zusammenhang mit einer Nachhaltigkeitsberichterstattung. Diese wurzelt im EU-Recht, das bereits mit der Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen Berichtspflichten geschaffen hat. Dies hat seinen Niederschlag in den §§ 289 b ff. Handelsgesetzbuch gefunden, wonach kapitalmarktorientierte Unternehmen mit mehr als 500 Arbeitnehmern verpflichtet sind, in ihren Lagebericht eine sog. „Nichtfinanzielle Erklärung“ aufzunehmen. In der Nichtfinanziellen Erklärung muss dabei mindestens auf Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, auf die Achtung der Menschenrechte und auf die Bekämpfung von Korruption und Bestechung eingegangen werden.

Mit der Richtlinie (EU) 2022/2464 vom 14. Dezember 2022 wurden neben dem Verständnis des Begriffs „Corporate Social Responsibility“ unter anderem der Anwendungsbereich aber auch der Umfang hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen deutlich erweitert. Dies stellt auch die kommunalen Unternehmen vor neue Herausforderungen.

Mit einer Änderung in § 75 Abs. 4 Ziffer 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) wird dem Rechnung getragen und klargestellt, dass die Verpflichtung zur Nachhaltigkeitsberichterstattung die kommunalen Unternehmen in gleicher Weise trifft, wie alle anderen Unternehmen auch. Mit der ausdrücklichen Anknüpfung an die handelsrechtlichen Regelungen folgt die Verpflichtung der kommunalen Unternehmen insoweit den allgemeinen Regelungen, so dass die Unternehmen unter Berücksichtigung ihrer Größe die entsprechende Verpflichtung zu erfüllen haben.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1 Thüringer Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (ThürAGHinSchG)

Zu § 1 Einrichtung und Betrieb interner Meldestellen bei kommunalen Beschäftigungsgebern

Zu Absatz 1

Absatz 1 beschreibt den Geltungsbereich des Gesetzes und enthält eine Legaldefinition zum kommunalen Beschäftigungsgeber

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt die Verpflichtung von Gemeinden und Landkreisen, interne Meldestellen im Sinne von § 12 Abs. 1 Satz 1 Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG), an die sich ihre Beschäftigten wenden können, einzurichten und zu betreiben. Damit kommt der Gesetzgeber seiner Verpflichtung aufgrund des HinSchG sowie der EU-Richtlinie 2019/1937 nach, sicherzustellen, dass Gemeinden und Gemeindeverbände interne Meldestellen einrichten. Darüber hinaus verpflichtet der Gesetzgeber Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbände, kommunale Anstalten und gemeinsame kommunale Anstalten interne Meldestellen einzurichten und zu betreiben. Dies entspricht der bundesgesetzlichen Regelung in § 12 Abs. 1 Satz 4 HinSchG, wonach die Pflicht zur Einrichtung und zum Betrieb von internen Meldestellen auch für solche Beschäftigungsgeber gilt, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Gemeinden und Gemeindeverbänden stehen.

Verwaltungsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts nach § 46 ThürKO sind keine Gemeinden oder Gemeindeverbände, da sie keine Gebietskörperschaften sind; sie sind nach Gewicht und Umfang auch nicht mit Gemeinden vergleichbar, da sie nicht originär Aufgaben des eigenen Wirkungskreises für die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen (vgl. Linck/Baldus/Lindner/Poppenhäger/Ruffert zu Artikel 91 Thüringer Verfassung Rdnr. 82). Für die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Mitgliedsgemeinden führt die Verwaltungsgemeinschaft diese Aufgaben als Behörde der jeweiligen Mitgliedsgemeinden nach deren Weisung aus (vgl. § 47 Abs. 2 ThürKO). Insoweit unterliegen sie der Kontrolle der Mitgliedsgemeinden im Sinne von § 12 Abs. 1 Satz 4 HinSchG. Auch Zweckverbände als Körperschaften des öffentlichen Rechts (vgl. § 2 Abs. 3 ThürKGG) unterliegen über die Verbandsversammlung der Kontrolle von Gemeinden und Gemeindeverbänden (vgl. § 31 ThürKGG). Das Gleiche gilt für kommunale Anstalten und gemeinsame kommunale Anstalten, bei welchen die Kontrolle über den Verwaltungsrat (§ 76b Abs. 3 ThürKO, § 44 Abs. 1 ThürKGG) erfolgt.

Zu Absatz 3

Absatz 3 stellt klar, dass es sich bei der Pflicht zur Einrichtung und zum Betrieb interner Meldestellen um eine Aufgabe des eigenen Wirkungskreises der kommunalen Körperschaften und kommunalen Anstalten handelt.

Zu Absatz 4

Zu den sonstigen kommunalen Beschäftigungsgebern, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Gemeinden oder Gemeindeverbänden stehen, gehören auch von Gemeinden, Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbänden, kommunalen Anstalten und gemeinsamen kommunalen Anstalten kontrollierte Unternehmen in den Rechtsformen des Privatrechts, wobei die Kontrolle der Gemeinden im Sinne von § 12 Abs. 1 Satz 4 HinSchG bei

Unternehmen der Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbänden, kommunalen Anstalten und gemeinsamen kommunalen Anstalten mittelbar über deren Vertretungsorgane erfolgt.

Die kommunalen Körperschaften und kommunalen Anstalten sowie kommunal kontrollierten Unternehmen, unabhängig davon, ob sie als juristische Personen des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts agieren, sind nach § 3 Absatz 10 HinSchG den Beschäftigungsgebern des öffentlichen Sektors zuzurechnen (vgl. Art. 8 Abs. 9 Unterabsatz 1 HinSch-RL).

Im Eigentum oder unter der Kontrolle der jeweiligen kommunalen Körperschaft oder kommunalen Anstalt steht ein Unternehmen, wenn die jeweilige kommunale Körperschaft oder kommunale Anstalt auf dieses einen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Hierbei spielen regelmäßig die Mehrheitsverhältnisse im Unternehmen eine entscheidende Rolle (vgl. § 3 Abs. 10 HinSchG, BT-Drucksachen 20/3442, Seite 66 und 20/4909, Seite 59). Im Übrigen richten sich die Pflichten der Unternehmen bei einer kommunalen Minderheitsbeteiligung direkt nach den bundesrechtlichen Vorgaben.

Den Gemeinden, Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbänden, kommunalen Anstalten, gemeinsamen kommunalen Anstalten sowie den betroffenen kommunalen Beschäftigungsgebern in den Rechtsformen des Privatrechts steht es frei, die Meldeberechtigung gemäß § 16 Absatz 1 Satz 3 HinSchG auf natürliche Personen, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeiten mit ihnen in Kontakt stehen, zu erstrecken.

Weiterhin verpflichtet der Gesetzgeber nach Absatz 4 den Kommunalen Versorgungsverband Thüringen zur Einrichtung einer internen Meldestelle. Der Kommunale Versorgungsverband Thüringen unterliegt nach § 1 des Thüringer Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband (Thüringer Versorgungsverbandsgesetz –ThürVersVG) vom 8. Juli 1994 der Rechtsaufsicht des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales.

Zu Absatz 5

Für die Einrichtung und den Betrieb der internen Meldestellen wird auf die entsprechenden Regelungen des HinSchG verwiesen. Durch den umfassenden und dynamischen Verweis auf die bundesrechtlichen Vorgaben werden Wertungswidersprüche vermieden, die sich ergeben würden, wenn für kommunale Beschäftigungsgeber ein anderes Meldeverfahren vorgegeben würde als es z. B. von privaten Beschäftigungsgebern im kommunalen Umfeld zu beachten ist. Anwendung finden unter anderem:

- § 1 persönlicher Anwendungsbereich
- § 2 sachlicher Anwendungsbereich
- § 3 Begriffsbestimmungen
- § 4 bis 6 Vorrang spezialgesetzlicher Vorschriften
- § 7 Absatz 2 Verbot der Behinderung von Meldungen
- §§ 8, 9 Vertraulichkeitsgebot
- § 10 Verarbeitung personenbezogener Daten
- § 11 Dokumentation der Meldungen
- § 12 Abs. 4 Satz 1 Erteilung von notwendigen Befugnissen
- § 13 Aufgaben der internen Meldestellen
- § 14 Abs. 1 Organisationsformen der internen Meldestellen
- § 15 Fachkunde und Unabhängigkeit der Bediensteten
- § 16 Meldekanäle für interne Meldestellen
- § 17 Verfahren bei internen Meldungen und
- § 18 Folgemaßnahmen der internen Meldestellen.

Für den Betrieb der internen Meldestellen besteht ein weitgehender Gestaltungsspielraum, soweit die personenbezogenen Anforderungen (Unabhängigkeit, Fachkunde und kein Interessenkonflikt) sichergestellt werden. Weder die HinSch-RL noch das HinSchG machen

hier konkrete Vorgaben. Für kleinere Unternehmen werden Mitarbeitende in Doppelfunktion, Leitende der Compliance- oder Personalabteilung, die Person des Integritätsbeauftragten, des Rechts- oder Datenschutzbeauftragten, Auditverantwortlichen oder des Anti-Korruptionsbeauftragten als geeignet angesehen. Hieraus lässt sich ableiten, dass auch kommunale Organisationseinheiten mit entsprechendem Aufgabenbereich in Betracht kommen, wie zum Beispiel Prüfungseinrichtungen, Innenrevisionen oder Organisationseinheiten, die für den Datenschutz oder die Korruptionsbekämpfung zuständig sind.

Zu § 2 Ausnahmen von der Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen

Zu Absatz 1

§ 2 Abs. 1 macht Gebrauch von den in Artikel 8 Abs. 9 Unterabs. 2 HinSch-RL geregelten Befreiungsoptionen. Danach werden Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern von der Verpflichtung zur Einrichtung interner Meldestellen ausgenommen. Entsprechendes gilt für Verwaltungsgemeinschaften, die die behördlichen Aufgaben der Mitgliedsgemeinden nach § 47 ThürKO wahrnehmen, und deren Mitgliedsgemeinden zusammen weniger als 10 000 Einwohner haben. Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften dieser Größenordnung sind damit nicht verpflichtet, eigene interne Meldestellen einzurichten.

Für juristische Personen des öffentlichen Sektors, enthält Artikel 8 Abs. 9 Unterabs. 2 HinSch-RL einen weiteren Ausnahmetatbestand. Sofern diese weniger als 50 Arbeitnehmer beschäftigen, kann der Gesetzgeber diese von der Verpflichtung zur Errichtung und dem Betrieb von internen Meldestellen ausnehmen. Diese Ausnahmeregelung greift das Gesetz in § 2 Abs. 1 Nr. 3 ebenso auf. In diesem Zusammenhang ist auch auf § 12 Abs. 2 HinSchG hinzuweisen, wonach die Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen im privaten Bereich nur für Beschäftigungsgeber mit in der Regel mindestens 50 Beschäftigten gilt. Es ist daher sachgerecht, diesen Rechtsgedanken auch auf die kommunalen Beschäftigungsgeber zu übertragen. Im Einklang mit dem Bundesrecht ist dazu keine Stichtagsbetrachtung vorzunehmen, sondern sind die bisherige personelle Stärke zu berücksichtigen und die zukünftige (zu erwartende) Entwicklung einzuschätzen (vgl. BT-Drucksache 20/5992, S. 63 zu § 12 Abs. 2 HinSchG).

Zu Absatz 2

Für die Bestimmung der Einwohnerzahlen nach Absatz 1 Nr. 1 und 2 sind die vom Thüringer Landesamt für Statistik zum 30.06. des Vorjahres festgestellten Bevölkerungszahlen maßgebend, die entsprechend vom Thüringer Landesamt für Statistik veröffentlicht werden.

Zu § 3 Erleichterungen

§ 3 erlaubt es, die Pflicht zum Betrieb einer internen Meldestelle gemeinsam wahrzunehmen. Dazu besteht die Möglichkeit, dass interne Meldestellen von Gemeinden, Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbänden, kommunalen Anstalten und gemeinsamen kommunalen Anstalten gemeinsam oder durch gemeinsame Behördendienste betrieben werden können. Die Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbände, kommunalen Anstalten und gemeinsamen kommunalen Anstalten können, insbesondere nach Maßgabe des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen, mit denen sie die gemeinsame Wahrnehmung der Aufgabe aus § 1 Abs. 2 regeln.

Über die entsprechende Anwendung von § 14 Abs. 2 HinSchG können auch mehrere kommunale Beschäftigungsgeber nach § 1 Abs. 4, die im Eigentum oder unter der Kontrolle

von Gemeinden, Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbänden, kommunalen Anstalten und gemeinsamen kommunalen Anstalten stehen, eine gemeinsame Stelle einrichten und betreiben. Durch die entsprechende Anwendung von § 14 Abs. 2 HinSchG werden Wertungswidersprüche vermieden, die sich ergeben würden, wenn für Unternehmen von Gemeinden, Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbänden, kommunalen Anstalten und gemeinsamen kommunalen Anstalten nicht dieselben Erleichterungen durch die Möglichkeit der Bildung gemeinsamer Meldestellen bestehen, wie zum Beispiel für private Beschäftigungsgeber im kommunalen Umfeld.

Die Einrichtung gemeinsamer Meldestellen steht dabei unter dem Vorbehalt, dass sie von den angebotenen kommunalen Beschäftigungsgebern mit den Ressourcen und Befugnissen ausgestattet werden, die ihnen eine wirksame und gesetzmäßige Erledigung der ihnen zur Durchführung oder Erledigung zugewiesenen Aufgaben ermöglichen (vgl. § 12 Absatz 4 HinSchG). Unbeschadet der Möglichkeit der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung nach § 3 ist auch den Gemeinden, Gemeindeverbänden sowie den sonstigen Beschäftigungsgebern, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Gemeinden und Gemeindeverbänden stehen, durch § 1 Abs. 5 in Verbindung mit § 14 Absatz 1 Satz 1 HinSchG die Möglichkeit eröffnet, anstelle einer oder eines Beschäftigten oder einer internen Arbeitseinheit einen (externen) Dritten mit den Aufgaben der internen Meldestelle zu betrauen.

Nach § 3 Satz 2 verbleibt im Gleichklang mit § 14 Absatz 1 Satz 2 HinSchG die Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, um den Verstoß abzustellen, bei dem jeweiligen kommunalen Beschäftigungsgeber. Denn die Pflicht, auf eine berechtigte Meldung hin einen bestehenden Rechtsverstoß abzustellen, kann nur von dem jeweils verpflichteten Beschäftigungsgeber wahrgenommen werden.

Zu § 4 Errichtung einer externen Meldestelle

Zu Absatz 1:

Auf Grundlage der Bestimmungen in Abschnitt 2 Unterabschnitt 3 HinSchG eröffnet das Land den Zugang für die Beschäftigungsgeber des öffentlichen Rechts zu einer eigenen externen Meldestelle. Vorgaben, wo und wie die externe Meldestelle einzurichten ist, werden dabei nicht gemacht. Aufgrund der Tatsache, dass aufgrund der kleinteiligen Gemeindestruktur die meisten kommunalen Beschäftigungsgeber von der Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen befreit sein werden und damit dem überwiegenden Teil der kommunalen Beschäftigten kein interner Meldeweg zur Verfügung steht, schließt eine eigene externe Meldestelle eine wichtige Schutz- und Beratungslücke für hinweisgebende Personen.

Zu Absatz 2:

Die Landesregierung wird ermächtigt, die nähere Ausgestaltung des Zugangs zu einer externen Meldestelle per Rechtsverordnung zu regeln. Somit eröffnet der Gesetzgeber der Landesregierung die Möglichkeit, den Zugang zu einer Meldestelle bedarfsgerecht unter Berücksichtigung vorhandener Ressourcen zu eröffnen und bei Bedarf auch nachzusteuern.

Zu Absatz 3:

Durch eine Berichtspflicht der Landesregierung wird dem Landtag Erfahrungswerte an die Hand gegeben, inwieweit der von der Landesregierung geregelte Zugang einer externen Meldestelle den Bedarfen an einer Meldestelle für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Thüringen entspricht und welche Anpassungen in der Folge gegebenenfalls vorzunehmen sind.

Zu § 5 Gleichstellungsbestimmung

Die in den §§ 1 bis 4 verwendeten Bezeichnungen gelten für alle Personen. Daher enthält § 5 zur Klarstellung die entsprechende Gleichstellungsbestimmung.

Zu Artikel 2 Änderung der Thüringer Kommunalordnung

Für die gemeindlichen Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts sollen nach der geltenden gesetzlichen Bestimmung unabhängig von ihrer Größe Jahresabschluss und Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs aufgestellt und geprüft werden. Die bestehende Regelung wird um eine Bestimmung zur Erweiterung des Lageberichtes um eine nichtfinanzielle Erklärung, die sogenannte Nachhaltigkeitsberichterstattung, erweitert. Damit wird auch für die gemeindlichen Unternehmen im Sinne der Vorschrift die Verpflichtung zu der im Europarecht wurzelnden Nachhaltigkeitsberichterstattung klargestellt, mit der die Transparenz einer Sozial- und Umweltberichterstattung durch rechtliche Mindestanforderungen auf ein vergleichbar hohes Niveau angehoben werden soll. Es wird ebenfalls klargestellt, dass für die kommunalen Unternehmen die handelsrechtlichen Vorschriften in gleicher Weise gelten, wie für alle anderen Unternehmen auch. Über die aufgenommene Erweiterung des § 75 ThürKO wird zugleich sichergestellt, dass die dynamische Entwicklung der europarechtlichen Grundlagen und der entsprechenden bundesrechtlichen Regelungen nachgezeichnet wird und eine angemessene und ressourcenschonende Umsetzung der Verpflichtungen im kommunalen Raum erfolgt. In diesem Sinne hätten die kommunalen Gesellschafter die Gesellschaftsverträge ihrer Unternehmen zu prüfen und bei Bedarf anzupassen. Die Kommunen können ihren Unternehmen eine Nachhaltigkeitsberichterstattung aber auch zu einem früheren Zeitpunkt auferlegen, als es nach den handelsrechtlichen Bestimmungen geboten wäre. Insoweit wird geregelt, dass im jeweiligen Gesellschaftsvertrag ein früherer Zeitpunkt für die Erweiterung des Lageberichts bestimmt werden kann.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)

Das Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Für die Fraktionen

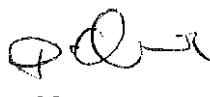
Die Linke:

der SPD:

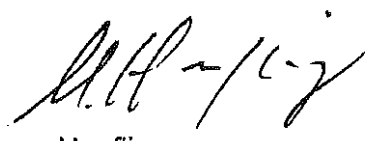
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:



Blechschmidt



Marx



Henfling

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<p>Thüringer Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb von internen Meldestellen im kommunalen Bereich und zur Ergänzung der Regelungen zum Lagebericht bei Beteiligung der Kommunen an Unternehmen des privaten Rechts</p> <p>Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/9657 –</p>											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Rechnungshof</td> <td>Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Burgstraße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07407 Rudolstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
Name	Organisationsform										
Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1										
Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Finanzkontrolle	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Thüringer Rechnungshof nimmt gemäß § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zum Gesetzentwurf Stellung. Artikel 1 des Gesetzentwurfs wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Änderung des § 75 Abs. 4 ThürKO in Artikel 2 ist nach Einschätzung des Rechnungshofs nicht eindeutig. Er regt insoweit eine andere Formulierung an.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 22.04.2024	

THÜR. LANDTAG POST
24.04.2024 14:26

M292/2024



Thüringer
Rechnungshof

Die Präsidentin

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Pommer
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

poststelle@
tr.thueringen.de

**Thüringer Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb von internen
Meldestellen im kommunalen Bereich und zur Ergänzung der
Regelungen zum Lagebericht bei Beteiligung der Kommunen an
Unternehmen des privaten Rechts**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

– Drucksache 7/9657 –

Rudolstadt,
22. April 2024

Äußerung gemäß § 111 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Thüringer
Landtags

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

zu dem oben genannten Gesetzentwurf erhalten Sie die Äußerung des
Thüringer Rechnungshofs mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder
des Innen- und Kommunalausschusses.

Weiter erhalten Sie als Anlage das ausgefüllte Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Absatz 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

Die Präsidentin

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Thüringer Landtag
Mitglieder des
Innen- und Kommunalausschusses
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

poststelle@
trh.thueringen.de

Ihre Nachricht vom:
18. März 2024

Thüringer Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb von internen Meldestellen im kommunalen Bereich und zur Ergänzung der Regelungen zum Lagebericht bei Beteiligung der Kommunen an Unternehmen des privaten Rechts

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 7/9657 –

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)
1011-4.2-0787/545
4111/2024

Rudolstadt,
22. April 2024

Äußerung gemäß § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zum oben genannten Gesetzentwurf bat der Thüringer Landtag den Rechnungshof um Äußerung. Der Rechnungshof bedankt sich für die Beteiligung.

Artikel 1 des Gesetzentwurfs wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu Artikel 2 merkt der Rechnungshof an:

Mit der geplanten Änderung des § 75 Abs. 4 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) soll klargestellt werden, dass die kommunalen Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts zu einer Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichtet werden.

Der Rechnungshof hat grundsätzlich keine Bedenken bezüglich einer Gleichstellung von kommunalen Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts und nichtöffentlichen Unternehmen hinsichtlich einer Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Er weist jedoch darauf hin, dass die im Entwurf zu § 75 Abs. 4 ThürKO vorgesehene Formulierung „[...] die Verpflichtung zur Erweiterung des Lageberichts um eine nichtfinanzielle Erklärung im Sinne der §§ 289b bis 289e des Handelsgesetzbuches [...]“ nicht eindeutig ist.

Der Rechnungshof geht davon aus, dass nicht die Erweiterung um eine nichtfinanzielle Erklärung gemeint ist, da diese bereits nach derzeit geltendem Recht erforderlich ist, vgl. § 289b Handelsgesetzbuch (HGB). Stattdes-

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

sen soll die nunmehr nach europarechtlichen Vorgaben erforderliche Erweiterung des Lageberichts um einen Nachhaltigkeitsbericht Gegenstand der Änderung sein.

Im Gesetzentwurf nebst Begründung wird einerseits mehrfach eine Erweiterung der Pflicht zur Abgabe einer nichtfinanziellen Erklärung, andererseits mehrfach die Nachhaltigkeitsberichterstattung benannt. Dabei wird aus Sicht des Rechnungshofs verkannt, dass diese Begriffe nicht gleichbedeutend sind, sondern der nunmehr erforderliche Nachhaltigkeitsbericht eine Erweiterung der auch schon bislang erforderlichen nichtfinanziellen Erklärung ist.

Die nichtfinanzielle Erklärung basiert auf der sog. „Non-Financial Reporting Directive“ (NFRD). Deren Umsetzung in nationales Recht wird im HGB bislang auch als „Pflicht zur nichtfinanziellen Erklärung“ bezeichnet, vgl. §§ 289ff. HGB. Die Erweiterung, welche nun umzusetzen ist, folgt aus der sogenannten „Corporate Sustainability Reporting Directive“ (CSRD) und erfordert mehr als die bisherige nichtfinanzielle Erklärung, wie auch im Gesetzentwurf selbst unter dem Teil Begründung – A. Allgemeines aufgeführt wird.

Insofern sind auch die einschlägigen Normen des HGB auf Bundesebene erneut anzupassen. Der aktuell hierzu vorliegende Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz sieht in den §§ 289ff. HGB auch nicht mehr die Bezeichnung „Pflicht zur nichtfinanziellen Erklärung“ vor, sondern „Pflicht zur Erweiterung des Lageberichts um einen Nachhaltigkeitsbericht“.¹

Der Rechnungshof regt daher folgende Formulierung an:

In Artikel 2 des Gesetzentwurfs sollte anstatt der Formulierung „um eine nichtfinanzielle Erklärung“ die Formulierung „um einen Nachhaltigkeitsbericht“ verwendet werden. Alternativ könnte auch gänzlich auf die konkrete Bezeichnung der Erweiterung („um einen Nachhaltigkeitsbericht“) verzichtet werden und lediglich die Bezugnahme zu den §§ 289b ff. HGB hergestellt werden. Denkbar wäre beispielsweise die Formulierung: „die Verpflichtung zur Erweiterung des Lageberichts im Sinne der §§ 289b ff.“.

Zu den vom Ausschuss gestellten Fragen bezüglich der Regelung in § 108 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen weist der Rechnungshof darauf hin, dass die Vorschrift von den Regelungen der ThürKO abweicht. Ob Bedarf an einer weitergehenden Gleichstellung besteht, bedürfte einer vertieften Analyse, die im Rahmen dieses Anhörungsverfahrens nicht möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

¹ Referentenentwurf des BMJ nebst Synopse zum Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen vom 22. März 2024, abrufbar unter: https://www.bmj.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/2024_CSRD_UmsG.html.

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)